

Jetzt hat das Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, „Die Freiheit“, einen angeblichen Erlaß Hindenburgs veröffentlicht, der sich gegen die Unabhängigen richtet, und daran entsprechende Bemerkungen geknüpft. Nunmehr gibt das Blatt zu, daß es sich um eine Fälschung der Unterschrift Hindenburgs gehandelt hat. Bei einiger Sorgfalt hätte das die „Freiheit“ auch vorher erkennen können, da in dem Bericht über die Tagung der Frontsoldatenräte der angebliche Erlaß Hindenburgs bereits eine Rolle gespielt hatte und unabweislich festgestellt worden war, daß Hindenburg mit der Sache nichts zu tun hatte.

Zur inneren Lage. Eine rheinisch-westfälische Republik.

Aus Köln wird vom Mittwoch gemeldet: Zwei Tagesversammlungen forderten gestern nach Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Trimborn und Marx sowie des Hauptredakteurs Hoerber unter gewaltigem Beifall baldigste Proklamation einer dem Deutschen Reiche angehörenden selbstständigen rheinisch-westfälischen Republik. — 5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dezember 1918 in der bürgerlichen Gesellschaft zu Köln versammelt, faßten folgende Entschlüsse: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichende staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und den anderen Ländern auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörenden selbstständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Die „Alltägliche Zeitung“ schreibt: Die von Trimborn und Dr. Hoerber ausgerufenen rheinisch-westfälische Zentralsrepubliken legt den Verdacht nahe, daß es sich bei der Neugründung ebensoviel um eine staatspolitische als kirchenpolitische Maßnahme handelt. Unsere Erwägungen an zuständiger Stelle lauten dahin, daß das Erzbißschloß Palats von der Versammlung und der neuen Republik genau so überrascht war wie das übrige Köln.

Schwere Ausschreitungen in Köln.

In Köln sind schwere Unruhen vorgekommen. Sie nahmen vorgehen einen derart bedrohlichen Charakter an, daß der Wohlfahrtsausschuß beschloß, umfassende Vorkehrungsmaßregeln zu treffen und rüchstlos gegen die Unruhen mit Waffen einzuschreiten. In der Hafengegend wurden sämtliche Wirtschaften geschlossen, weite Gebiete wurden abgeperrt, um die großen Lebensmittelvorräte der Allgemeinheit zu sichern. Als erneute Ansammlungen in der Hafengegend stattfanden, wurden starke Abteilungen Polizisten und Bürgerwehr aufgestellt. Drei bis vierhundert Soldaten, die auf die Ausrückung von Zivilkleidung warteten und denen die Zeit zur Abfertigung zu lang wurde, haben das Zeughaus gestürmt und alles, was an Kleidungsstücken dort vorrätig war, an sich gerissen. Infolgedessen gibt die Besatzungsteile nichts mehr aus.

Wilson soll nach Köln kommen!

Die „Köln. Zig.“ veröffentlicht einen Aufruf, worin Wilson gebeten wird, Köln einen Besuch abzustatten. Zunächst solle Köln nahe an Paris, das Wilson bekanntlich anzufragen wird und dann bilde der Dom einen Anziehungspunkt wie in keiner anderen Stadt Europas. (!). Der Hauptzweck sei ein Sichkennlernen, um die schwebenden Angelegenheiten erörtern zu können. Dazu würden Vertreter des auswärtigen Amtes in Berlin nach Köln kommen müssen.

Unsere Feinde im Rheinland.

Aus Köln wird vom gestern gemeldet: Mit dem heutigen Tage ist der Telegraphen- und Telefonverkehr infolge feindlicher Besetzung unterbrochen. Infolge der ausgelegten Geldprämien für Bergung von Gefangenen auf dem rechten Rheinufer vor der feindlichen Besetzung bietet Köln ein eigenartiges Bild. Entlassene Soldaten, halbwüchsige Burken und die Schuljugend haben sich vor die Propfen und die letzten Geschütze gespannt und retten das kostbare Material vor dem Feind, der heute abend oder morgen früh hier einzieht.

Nach Keunrichener und Merziger Blättern ist in jenen Orten, welche von Franzosen besetzt sind, der Verkehr von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterbrochen. Außerhalb der Gemeinde muß jeder einen schriftlichen Ausweis führen. Es ist französische Post eingeschleust. Briefe und Telegramme sind der Zensur unterworfen. Die Zivilisten haben den fremden Offizieren gegenüber eine achtungsvolle Haltung einzunehmen. Volkseigenen, Eisenbahn- und Postbeamten haben die Offiziere zu grüßen.

Eine neue Schulordnung in Preußen

„Schulgemeinde“ und „Schülerrat“.

Der preussische Kultusminister Hanßler wendet sich in zwei Erlassen an die Lehrer und Schüler der höheren Lehranstalten und Seminare. Der Aufruf an die Lehrerschaft, der sich durch eine kluge und to-

vante Sprache auszeichnet, fordert die dazu Berufenen auf, das Erziehungsstern mit dem neuen Geist der Freiheit zu erfüllen. In dem Aufruf an die Schüler interessieren vor allem die Bestimmungen über die neuen Einrichtungen der „Schulgemeinde“ und des „Schülerrats“. Diese Bestimmungen lauten:

1. In jeder höheren Schule (Hollanstalt), bei jedem Lehrerseminar, jeder Präparandenanstalt, jeder Studienanstalt und jedem Oberlyzeum (sind alle zwei Wochen einmal zu einer zum Lehrplannächsten Unterhalt gehörenden Stunde eine „Schulgemeinde“ statt, d. h. eine völlig freie Aussprache von Lehrern und Schülern über Angelegenheiten des Schullebens, der Disziplin, der Ordnung usw. Die Leitung der Versammlung hat ein von der Schülerschaft in geheimer, gleicher Wahl ernannter Lehrer zu übernehmen. An der Schulgemeinde hat der Vater der Schule und das ganze Kollegium teilzunehmen, sowie alle Schüler, in den höheren Schulen und Studienanstalten von der Obertertia an aufwärts. Die Schulgemeinde kann ihre Wünsche und Meinungen in der Form von Entschlüssen zum Ausdruck bringen, anordnende oder gegebende Befugnis hat sie jedoch zunächst nicht. In der Schulgemeinde hat jeder Schüler und jeder Lehrer eine Stimme; sie beschließt mit einfacher Mehrheit. Ihre Geschäftsordnung beschließt die Schulgemeinde selbstständig. Ueber ihre Verhandlungen und Beschlüsse wird Protokoll geführt.

2. Die Schulgemeinde wählt aus der Schülerschaft einen Schülerrat, der ständig die Interessen der Schülerschaft zu vertreten und im Einvernehmen mit der Lehrerschaft für die Ordnung zu sorgen hat. Der Schülerrat gibt sich selbst eine Arbeitsordnung und legt sie der Schulgemeinde zur Genehmigung vor.

3. Die Schulverwaltung hat nach mindestens vierteljährigem Bestehen das Recht, in Form einer Entschlüsse sich über diese neuen Einrichtungen der Schulverwaltung auszusprechen, Vorschläge zu ihrem weiteren Ausbau zu machen sowie an die Regierung (das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung) die Bitte zu richten, ihr zu einer freien Aussprache über die neuen Aufgaben der Jugend im neuen Staats- und Volksleben einen Vertrauensmann der Regierung zu senden. Solche Entschlüsse sind auf dem üblichen Wege unverzüglich an das Ministerium einzulegen.

Von jetzt ab wird den Schülern völlige Freiheit zur Bildung unpolitischer Vereine zum Beispiel Wandervogelgruppen, Sportvereine, Sprachclubs, Vereine zur Pflege geistiger Interessen oder künstlerischer Betätigung usw.) im Rahmen des geltenden Rechts gewährt. Auch dürfen die Schülerschaften verschiedener Schulen miteinander in Verbindung treten. In der Unterbrechung mit einem Journalisten erklärte Hanßler, daß das Ziel der dringend notwendigen Schulreform die Schaffung eines neuen deutschen Menschentyps durch die neue deutsche Schule sei; dieser Typ müsse die Bereinigung sein von „eiserner Pflichterfüllung, nächsten Tatsachen und höchst liegendem Idealismus“.

Meine politische Meldungen.

Neues aus Böhmen. In der Stadt Hottelshau (Mähren) haben tschecho-slowakische Truppen in der Nacht zum Donnerstag das Jubelviertel geplündert und mehrere Juden erschossen. Das Wiener Staatsamt für Gemeinwesen verlautet amtlich: In einer am 28. November abgehaltenen Besprechung zwischen italienischen und tschecho-slowakischen Delegierten und der Zentraltransportleitung wurden Vereinbarungen über den Durchzug des tschecho-slowakischen Armeekorps von der italienischen Front durch Deutschland, Österreich nach Böhmen getroffen. Der Durchzug beginnt am 6. oder 7. Dez. und wird 12 Tage in Anspruch nehmen. Die tschecho-slowakischen Truppen werden mit voller Bewaffnung und Ausrüstung in Begleitung italienischer Offiziere fahren. Sie sind als Truppen der Armee anzusehen, denen auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen das Recht des freien Durchzugs gewährt werden muß. — Neuter meldet aus London: Malargy der Präsident der tschecho-slowakischen Republik, traf, aus den vereinigten Staaten kommend, in London ein, wo er von Regierungsmitgliedern empfangen und ihm im Mittlere Ehren erwiesen wurden. Er wird sich nach Prag begeben. Er selbst nimmt an der Friedenskonferenz teil. — Wie die Wälder aus Prag melden, nahmen die Ukrainer dortselbst im Kaufe des vorgefertigten Vormittags einen bedrohlichen Charakter an. Der Gebrauch der deutschen Sprachgemeinschaft verbietet. Die deutschen Gasthäuser sind von tschechischen Weibern und Soldaten des tschechischen Soldatenrats besetzt. — Der österreichische Staatssekretär des Inneren Bauer erklärte in der Sitzung des Nationalrates den Ausbruch der Feindseligkeiten in den Grenzgebieten gegen Tschechien und Jugoslawien als unvermeidlich. — Ein Bataillon österreichischer Volkwehr ist nach Nikolsburg (Mähren) abgegangen.

Aus Deutsch-Ostreich. Infolge der fast gänzligen Ausschließung der Kohlenzufuhr für die deutsch-österreichischen Eisenbahnen und des vollständigen Verbrauchs der Kohlenvorräte der Eisenbahnen besteht die Gefahr des gänzligen Stillstandes des Eisenbahnverkehrs. Auf den Hauptbahnen wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich nur je ein Fernpersonenzug in Verkehr bleiben können. Auch der Güterverkehr wird eine weitere Einengung erfahren. Auch aller Bemühungen der Regierung ist eine baldige Befreiung der Lage nicht zu erhoffen. — Der Wiener „Sozialdemokratische Korrespondent“ zufolge, brachten die Sozialdemokraten in der Nationalversammlung Gesetzentwürfe ein betreffend die Aufhebung des Adels, der Titel und Orden, sowie die Abschaffung der Familienbefreiung.

Beworbenen der Generalkriegs in Schweden. Einem Telegramm aus Stockholm zufolge, planen die beiden schwedischen sozialistischen Parteien in ganz Schweden den Generalstreik, um damit den Widerstand der konservativen Partei gegen die Verfassungsreform zu brechen. Der Generalstreik soll für die Dauer der Verhandlungen des Reichstags über die Verfassungsreform geplant.

Kunst und Wissenschaft.

Proff Dr. Kaweraut. Ob evangelische Landeskirche Preiens und die deutsche theologische Wissenschaft haben einen schmerzlichen Verlust zu beklagen. Kurz vor Vollendung des 72. Lebensjahres ist in Berlin der Geheim Oberkonsistorialrat Dr. Gustav Kaweraut, ordentlicher Honorarprofessor für praktische Theologie an der Berliner Universität, Proff an St. Petri und Mitglied des evangelischen Oberkirchenrates, nach längerem Leiden gestorben. Der hochangesehene Geistliche, der sich weit über die engeren kirchlichen Kreise hinaus großer Verehrung erfreute, sollte zu den bedeutendsten evangelischen Theologen der neuere Zeit. Ueberdies war der Verstorbene einer der bedeutendsten Lutherforscher.

Von Stadt und Land.

Aug. 6. Dezember.

Unsere Ernährungswirtschaft in Gefahr.

Das Reichsernährungsamt hat an das Landwirtschaftliche Amt eine Note gerichtet, in der es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft nach sich ziehen wird. Wir sind in der Lage, aus dieser Note die folgenden wichtigen Gesichtspunkte zu veröffentlichen:

Das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegesgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Daraus kommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsere Kartoffelvorräte nicht ordnungsmäßig haben eingewintert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können. Die Getreideversorgung war nach der verfrähten Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestellt. Infolge des Fortfalles dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidebestände ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahre erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also günstigstenfalls nur eine Tagesration von 80 Gramm Weiz, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage befreit sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist.

Sehr trübe steht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchhalten der Fettvorsicht auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Olsaaten eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftspraktik bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Ausbringung an Milchfett und aus der Margarine-Verzeugung nur noch ein Tagesration von 3,3 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der Versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenration von 100 Gramm vorsteht, kann auch nur unter Ruhißnahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen spätestens Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten würde, geht daraus hervor, daß absehbare der Nährwert, der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabsinken würde. Diese Tatsache würde ein langsames aber sicheres Verhungern bedeuten.

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckender Höhe zugenommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland infolge des Hungerkrieges von je tausend Lebenden gleichen Alters mehr als vor dem Kriege gefordert: im ersten Lebensjahr 9,7 v. H., im Alter von 1-5 Jahren 19,8 v. H., im Alter von 70 Jahren und darüber 33,4 v. H. Noch furchtbarer gestellt hat sich die Sterblichkeit an Tuberkulose. Sie ist bei je 10 000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7 v. H. gestiegen. Allein in den 390 deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern sind im Jahre 1918 48 320 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1918. Noch eindringlicher prägt sich die Erhöhung der Sterblichkeit in den Hauptwohnbezirken aus und zwar ganz besonders in den Biffern für die weibliche Bevölkerung. In Berlin ist die absolute monatliche Zahl der weiblichen Todesfälle seit Oktober 1918 von 1007 auf 3188 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle an Lungentraktoren, also hauptsächlich an Schwindsucht weist eine Erhöhung von 205 auf 1752 auf.

Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft die Abwehrmaßnahmen Englands tragen.

Von zuständiger Seite in Berlin wird mitgeteilt, der englische Admiral Beatty erklärte, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Schnelligkeit und den guten Willen abhängt, womit die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages ausgeführt werden. Admiral Beatty wörtete darauf, daß der Chef des Postsekretariats bestrebt sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Bedingungen des Waffenstillstands so schnell und so gewissenhaft als möglich zu erfüllen.

dem na
ihre De
zeiten,
tungsd
Abend
aufwies
und rat
gomm
schlen
Jund
sich ge
gezeigt
von d
Hf. L
disponi
ter, u
zu fert
sion b
die Ein
Chorwe
mann,
lften B
und St
kantor
Chorwe
das von
eine der
lich gew
heiten
1. Teil
im Saar
merstin
wegen
runge
getellen
Zigarre
gergarr
Wegen
eine ei
den Ein
Janzsch
Wir ho
möglich
Stung
fam: la
machen

Arie
Borsauer
Bronze
Rede
n. G
in Wo.
Hof“ in
schaft
für Ind
von Der
Versam
stimmig
strie“ i
gehen.
Setzen b
bandes
reich be
ebenfalls
litter.
Uffe Lag
esches
scharflic
hin. De
eulung
aus Eib
sprache d
den Org
durch se
fger Ber
folgte ei
gen das
ter barke
tretern d
beauftrag
de besch
les des
geson d
Gehelme
wahren
sprach de
aus zahl
Handel s
mächten.

e. U
Am Mon
Verfiden
eine Ber
Anwesen
belingel
threr W
Aussprach
Arbeit
schliche
Uhr. W
Freitag
7 Uhr.
In den
8 bis 12

Bette
der Stuch
agen: G
68992 71
Gewinne
winne zu
82865 70